

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Besitz und Redaktion bei Höhlich verlegerter Zeitung  
Postfach 1000 Dresden 1, Marienstraße 38/52, Telefon 25241. Postleitzahl 1008 Dresden  
Telefon: 030 210 2100, 030 44 1000. Zeitung ohne  
Werbeabteilung, bei demselben Redaktion  
Postfach 1000 Dresden 10. Tel. 030 210 2100. Bei gleichzeitiger  
Veröffentlichung in Magazin u. Zeitung 1000.

Druck u. Verlag: Lepisch & Reichardt, Dresden II, I, Marien-  
straße 38/52, Telefon 25241. Postleitzahl 1008 Dresden  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der  
Hauptmannschaft Dresden und des Schiedsgerichts beim  
Oberverwaltungsgericht Dresden.

Hauptpostamt II, Briefkasten Nr. 7; Willkürpostamt  
(20 m vor dem Hauptbahnhof) 11,5 Kpl., Radfahrer nach Städte-B.  
Sammlerzeitungen u. Zeitungskartei: Willkürpostamt  
Nr. 6 Kpl., Willkürpostamt 10 Kpl. — Radfah-  
rer mit Dienstmarke Dresden. Radfahrt  
Unterschreitende Zeitungen werden nicht zu übersehen!

## Die ersten Maßnahmen in Wien:

# Ambildung der österreichischen Regierung

## Amnestie für alle politischen Straftaten - Die Häftlinge erhalten die Freiheit

Berlin, 16. Februar.

Mit der eingehenden und vielfältigen Unterredung zwischen dem Führer und Reichskanzler und dem Bundeskanzler Dr. Schulzniß auf dem Obersalzberg ist eine neue Ära der deutsch-österreichischen Beziehungen eingeleitet worden. In der amtierenden Verlautbarung, die in der Nacht zum Mittwoch gleichzeitig in Wien und Berlin herausgegeben wurde, wurde erklärt, daß zur Herstellung eines engen und freundlichen Verhältnisses die sofortige Durchführung entsprechender Maßnahmen beschlossen worden sei. Im Zuge dieser Maßnahmen erfolgte in der vergangenen Nacht eine Umbildung der österreichischen Regierung. Die bemerkenswertesten Veränderungen im österreichischen Kabinett sind die Ernennung Dr. Arthur Seyß-Inquart zum Bundesminister für Inneres und Sicherheitswesen und des bisherigen Staatssekretärs Dr. Guido Schmidt zum Außenminister. Dr. Seyß-Inquart hat als Politiker stets auf der gesamtdeutschen Linie gestanden. Dr. Guido Schmidt war einer der wesentlichen Mitarbeiter am Abkommen vom 11. Juli 1936. Wie erste innerpolitische Maßnahme hat die neu gebildete österreichische Regierung eine weitgehende Amnestie erlassen, die allen politischen Häftlingen die Freiheit bringt. Das Datum der Unterredung Hitler-Schulzniß, der 12. Februar 1938, wird in Zukunft als ein Markstein zu gelten haben, der dem berühmten gewordenen 11. Juli 1936 nicht nachsteht.

## Die neuen Minister - Vereidigung bereits vollzogen

Wien, 18. Februar.

Um 2.30 Uhr morgens wurde nach vielfältigen Beratungen folgende neue Ministerliste ausgetragen:

Bundeskanzler: Dr. Kurt Schulzniß;  
Bundeskanzler: Feldmarschallleutnant a. D. Ludwig Güller;

Außenminister: Dr. Guido Schmidt;

Finanzminister: Dr. Rudolf Neumayer;

Handelsminister: Ingenieur Julius Raab;

Sozialminister: Dr. Josef Reich;

Bundesminister für Inneres und Sicherheitswesen: Dr. Arthur Seyß-Inquart;

Außenminister: Peter Mandorfer;

Unterwirtschaftsminister: Dr. Hans Perutz;

Justizminister: Dr. Ludwig Adamovich;

Bundesminister ohne Portefeuille: Guido Herzogato,

Dr. h. c. Glare-Horstenau, Hans Rott;

Staatssekretäre für Landesverteidigung: General der Infanterie Wilhelm Schuster; für Sicherheitswesen: Dr. Michael Schulz; für Arbeits- und Angestelltensatz: Adolf Wabek und für die Angelegenheiten der Industrie: Oberstleutnant i. R. Ludwig Steppen-Doliva.

Dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft wird ein Staatssekretär für die Angelegenheiten der Forstwirtschaft beigegeben, dessen Ernennung bevorsteht. Der Bundespräsident hat die Vereidigung der neu ernannten Minister und Staatssekretäre bereits vorgenommen.

Die markantesten Aenderungen im dem neuen österreichischen Kabinett sind, wie bereits oben gesagt, die Berufung von Dr. Seyß-Inquart zum Minister für Inneres und des bisherigen Staatssekretärs Dr. Schmidt zum Außenminister. Seyß-Inquart wurde gleichzeitig auch das Sicherheitswesen unterstellt, das bis jetzt vom Innensenministerium abgetrennt und unmittelbar dem Bundeskanzler unterstellt war. Dabei wurde allerdings der Vorden eines Staatssekretärs für Sicherheitswesen beibehalten und damit wiederum Schulz betraut, der gleichzeitig Polizeipräsident von Wien bleibt.

Bemerkenswert ist ferner die Berufung des Präsidenten des Gewerbedebusses, Raab, zum Handelsminister, und des bekannten Verfassungsrechtslehrers und Wiener Universitätsprofessors Adamovich zum Justizminister. Raab kommt aus der Christlich-Sozialen Partei, während Adamovich politisch nicht hervorgetreten ist. Er war im März 1934 zum Staatssekretär ernannt worden. Eine Rangherabsetzung erfuhr der Generalleutnant der k.u.k. Armee, Seyß-Inquart, und der bisherige Staatssekretär für die Angelegenheiten, Rott. Unter den Staatssekretären sind Adolf Wabek und Oberstleutnant Steppen-Doliva neue Männer. Der erste ist Leiter des Arbeitsamtes für Metallarbeiter und kommt aus ehemaligen Zinskreisen, Oberstleutnant Steppen-Doliva ist Industrieller in Salzburg und Vizepräsident der Bundesbahnen. Ausgetauscht sind der Handelsminister Dr. Tautz und der Justizminister Dr. Pilla.

Eine der bemerkenswertesten Persönlichkeiten des neuen Kabinetts ist Dr. Seyß-Inquart. Er wurde im Juli 1892 in der deutsch-mährischen Sprachinsel Galizien, die heute zur Tschechoslowakei gehört, geboren. Schon in jungen Jahren kam er nach Wien, wo er studierte und das Doctorat der Rechtswissenschaften erwarb. Den Krieg machte er als Offizier der Kaiserjäger mit, wurde mehrmals verwundet und ausgezeichnet. Dr. Seyß-Inquart, der Rechtsanwalt in Wien

## Reichstag am Sonntag, 13 Uhr

Berlin, 18. Februar.

Der Präsident des Deutschen Reichstages, Generalschiffsmarschall Göring, hat den Reichstag am Sonntag, den 20. Februar 1938, mittags 13 Uhr, einberufen. Auf der Tagessordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Der Reichspagandaleiter der NSDAP, Dr. Goebbels, gibt bekannt:

Am 20. Februar, mittags um 13 Uhr, spricht der Führer zum Deutschen Reichstag und damit zum deutschen Volk und zur Welt. Alle Deutschen werden während der Rede des Führers am Parlamentspult verblendet sein. Wer zu Hause nicht die Möglichkeit hat, die Übertragung der Rede des Führers zu hören, dem wird in Sälen und Gaststätten dazu Gelegenheit gegeben. Die Ban- und Kreispropagandaleitungen der NSDAP haben hierfür alle Vorbereitungen getroffen.



Aut. Scherl-Bilderdiktat  
Staatssekretär Dr. Arthur Seyß-Inquart

## Entscheidende Wende

Das offizielle Gefüllt, daß Adolf Hitler und Bundeskanzler Schulzniß am 12. Februar auf dem Obersalzberg geführt haben, war in den letzten Tagen die große Sensation der Auslandsopresse. Es war ein föhliges Vergnügen, zu beobachten, wie die mehr oder weniger deutschnationalen Blätter in den sogenannten Demokratien buchstäblich an den Fingern lagen, um ihren Lesern irgend etwas über die geheimnisvolle Annäherung in Berchtesgaden vorlesen zu können. Und dann man mit solchen tollen Kombinationen und Versuchsbällons seit langem nicht mehr überraschen; es war aber doch beeindruckend, wie völlig hilflos und einander widersprechend die sogenannten Außenpolitiker der englischen und französischen Zeitungen diese Aussprache kommentierten. Von bevorstehenden nationalsozialistischen Putsch in Österreich, der auf dem Obersalzberg funktioniert wurde, bis zu einer Niederlage, die der österreichische Bundeskanzler dem Führer und Reichskanzler beigebracht habe, ging die Stale der Gerüchte. Die vorangegangene Neuordnung des Vostens des Reichsauslandministers und die Absicherung des Vatikan brachten die westlichen Meister noch mehr in Verwirrung, und nur ganz wenige bewahrten einen kalten Kopf und bemühten sich, die Dinge nüchtern und logisch zu durchdenken.

Die amtliche Mitteilung, die unteren Leuten heute morgen einen ersten Eindruck von der Bedeutung der Aussprache auf dem Obersalzberg vermittelte, hat der Verwirrung und dem Rätselraum ein ebenso schnelles wie nachdrückliches Ende bereitet. Bereits nach dieser Verlautbarung ließ sich der Generalstab erkennen, auf den das Verhältnis zwischen dem Reich und dem österreichischen Staat jetzt gebracht worden ist. Danach wurde von beiden Seiten ein neues Bekenntnis zu dem Abkommen vom 11. Juli 1936 abgelegt, das durch sofortige Maßnahmen weiter ausgebaut und in seiner Wirkung verstärkt werden soll. Mit dem Abkommen vom 11. Juli wurde bekanntlich der mehrjährige Spannungsaustand zwischen den beiden deutschen Staaten beendet und ein natürliches und freundliches Verbündnis hergestellt. Die Elemente dieses Abkommen waren auf der einen Seite die Aufforderung des Reiches, Österreich sozialistische Unabhängigkeit zu achten, und auf der anderen das Bekenntnis und die Verpflichtung der österreichischen Regierung zu einer gesamtdeutschen Außenpolitik.

Das Abkommen vom 11. Juli hat dem Bruderschaft ein Ende bereitet und dem Verhältnis Berlin-Wien seine einschläglichen und oft tragischen Spuren genommen. Es blieben aber doch zahlreiche Missverständnisse zurück, die in den anderthalb Jahren, die seit dem Juli-Abkommen vergangen sind, zu unerfreulichen Erlebnissen geführt haben. Unüberlegte Reden einiger österreichischer Politiker, die unmöglichste Kritik der Legitimität und die kleinliche und verleidende Behandlung, die der nationalsozialistischen Oppo-



Aut. Scherl-Bilderdiktat  
Bundeskanzler Dr. Kurt Schulzniß

Wah-Truppe  
ist in Europa  
eines Chinesen-  
vödes arbeit-  
nen

Gültigkeit  
ihre

eater  
1549  
Uhr  
815 Uhr  
geöffnet

Loschwitz  
twochs-Tanz  
ndessen 1.50 Mk.  
- 2. Bundesbahnen

Terrasse  
n & Uhr  
ball-  
mme

Faschings-  
Dienstag  
1.  
März